



Tatort in Hamburg 2001: „Die Opfer sind kleine Lichter am Ende einer Kette“

JOURNALISMUS

Fleisch ohne Stachel

Bei der Berichterstattung über die neonazistischen Tattatortermorde des NSU hat auch die Presse Fehler gemacht. Leichtfertig folgte sie Hinweisen der Ermittler, und oft übernahm sie bedenkenlos deren Schlussfolgerungen. Eine Medienkritik.

Gelb und blau. Bei all dem Elend findet sich wenigstens etwas Farbe auf den Aktendeckeln der Ordner, die in einem Regal hinter dem Arbeitstisch von Barbara John stehen. „Angehörige A–K“ steht auf dem gelben geschrieben, „Angehörige L–Z“ auf dem blauen. Dazwischen: „Korrespondenz“.

Barbara John ist Ombudsfrau der Bundesregierung, sie kümmert sich um die Hinterbliebenen jener Menschen, die den Mördern der neonazistischen Terrortruppe NSU in den Jahren 2000 bis 2007 zum Opfer fielen. Hier, in ihrem Berliner Büro in der Brandenburgischen Straße, erreichen John Dokumente des Elends, der Verzweiflung und der Wut. Briefe, Belege und Behördenkorrespondenz, die davon handeln, unter welchen Traumata die Familien bis heute leiden.

Beschwerden über demütigende Ermittlungen von Polizei und Staatsanwaltschaft finden sich darin, aber auch bittere Vorwürfe über die Arbeit von Zeitungen, Zeitschriften, Fernsehen und Online-Medien, die leichtfertig Verdächtigungen und Mutmaßungen in die Öffentlichkeit trugen.

„Ihr habt uns schuldig gesprochen: Polizei, Medien, Gesellschaft“, klagte Semiya Şimşek, nachdem die mutmaßlichen Mörder Ende vergangenen Jahres endlich gefunden worden waren.

Ihr Vater war nach heutiger Kenntnis das erste Mordopfer der Rechtsterroristen, erschossen am 9. September 2000 an einem Nürnberger Blumenstand. Neun weitere Morde sollten folgen, dazu zwei Bombenanschläge in Köln.

„Die Ermittlungsbehörden haben grotesk versagt, das steht fest“, sagt Ombudsfrau John. „Aber auch die Presse hat Fehler gemacht und ihr politisches Wächteramt nicht wahrgenommen.“

Gewiss, Journalisten wären wohl kaum in der Lage gewesen, die Täter durch eigene Recherchen zu entlarven, aber: „Die Medien hätten Stachel im Fleisch der Ermittler sein müssen“, so John. Das waren sie nicht immer, und das blutige Treiben der Nazi-Terroristen gibt Anlass, die Arbeit der Presse einmal kritisch zu betrachten.

Was dabei zu sehen ist, kann niemanden erfreuen.

Allzu oft eilten Journalisten (auch des SPIEGEL) Hinweisen nach, die ihnen Fahnder zuraunten, allzu häufig beschränkten Reporter ihre Recherche darauf, Vermutungen der Ermittler zu bestätigen und durch eigene Beobachtungen zu unterfüttern. Und allzu schnell gerannen ihnen Spekulationen zur vermeintlichen Gewissheit. Dies alles bisweilen auch noch in einer Diktion, die – nolens volens – Opfer als Täter erschienen ließ und Angehörige, Freunde wie Bekannte als Mitwisser der Verbrechen.

Schon früh hatte die Polizei das Motiv für die Taten im kriminellen Ausländermilieu gesucht und Hinweise auf fremdenfeindliche, rechtsextreme Spuren weitgehend ignoriert – obwohl (oder weil?) sämtliche Opfer der Mordserie ausländische Wurzeln hatten.

Die Polizei schließe nicht aus, dass die Täter „professionelle Killer“ seien, „die im Auftrag von unbekanntem Hintermannern die Türken liquidiert“ hätten, vermeldete die „Welt“ im November 2001.

Da waren bereits vier Tote zu beklagen, und die Fahnder wussten in Wahrheit

gewaltsamen Tod des Dönerbuden-Besitzers Ismail Y. Von ihnen gibt es seit Monaten Phantombilder, aber mehr auch nicht.

Die, die höchstens hinter vorgehaltener Hand murren, „die deutsche Polizei will die Täter gar nicht fangen“, die türkisch-hierarchisch geprägten Familien der Opfer, geben sich Fremden und der Polizei gegenüber noch im-

mer äußerst zugeknöpft – und genau da liegt vielleicht das Hauptproblem der Fahnder: „Wir dringen in Gesellschaftsteile vor, die offensichtlich eine enge, vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Polizei nicht gewohnt sind“, formuliert es Geier. Niemand kommt von sich aus zu den Ermittlern. Und wenn sie die Familien der Opfer aufsuchen, bekommen sie vielleicht einen Tee mit

„Hamburger Abendblatt“, 30. Mai 2006

Mysteriöse Erschießungen

Spur der Döner-Mörder führt zur Wettmafia

SPIEGEL ONLINE, 12. Dezember 2009

Schutzgeld.“

Nach BILD-Informationen waren die ersten sechs Opfer in Geschäfte mit einem türkisch-kurdischen Drogenring verwickelt. Ihre Läden sollen als Rauschgift-Depots gedient haben. Möglicherweise mußten sie sterben, weil sie Geschäfte auf eigene Faust machten.

Mehrere Sonder-

„Bild“, 18. Juni 2005

NÜRNBERG 9. Sept. 2000 Enver S. (38) Blumenhändler	NÜRNBERG 13. Juni 2001 Abdurrahim Ö. (49) Änderungs-schneider	HAMBURG 27. Juni 2001 Süleyman T. (31) Gemüsehändler	MÜNCHEN 29. August 2001 Habil K. (38) Gemüsehändler
ROSTOCK 25. Februar 2004 Yunus T. (25) Döner-Verkäufer	NÜRNBERG 9. Juni 2005 Ismail Y. (50) Döner-Buden-besitzer	MÜNCHEN 15. Juni 2005 Theodor B. (41) Mitinhaber eines Schlüsseldienstes	DORTMUND 4. April 2006 Mehmet K. (39) Kioskbisitzer
			KASSEL 6. April 2006 Halit Y. (21) Inhaber eines Internetcafés

VERBRECHEN

Düstere Parallelwelt

Acht Türken und ein Grieche wurden mit derselben Tatwaffe erschossen. Es gibt Hinweise, dass eine Allianz türkischer Nationalisten, Gangster und Geheimdienstler dahinter stehen könnte.

DER SPIEGEL Nr. 8/2011

zwischen den türkischen Ladenbesitzern: Alle sechs sollen Geschäftsbeziehungen zu einer in Istanbul ansässigen Handelsfirma gehabt haben, erfuhr die „Welt am Sonntag“ aus hochrangigen Beamtenkreisen. Das Unternehmen soll sich als legal tarnen, aber europaweit mit Drogenschmuggel, Menschenhandel und dem Verschieben gestohlener Autos tätig sein.

Offiziell bestätigt die Polizei

„Welt am Sonntag“, 19. Juni 2005

„Döner-Mörder“ tötet achtens Opfer

DORTMUND, 7. April (dpa). Bei ei-

„Frankfurter Allgemeine“, 8. April 2006

wie zunächst angenommen, ein Raubmord. Der Grieche Theodor B. Boulgarides, der am Mittwochabend durch mehrere Kopfschüsse getötet wurde, ist das siebte Opfer einer bundesweiten Mordserie, die ins Drogenmilieu verweist. Das

„Süddeutsche Zeitung“, 17. Juni 2005

nichts Entscheidendes – außer dass der oder die Täter stets dieselbe Waffe benutzten. Dennoch fütterten sie Journalisten mit weitreichenden Vermutungen. Und die nahmen das dankbar auf.

„Es liegen zwischenzeitlich Hinweise auf einen möglichen Bezug der Opfer zur Drogenszene vor“, hieß es im Oktober 2002 in einem Bericht des Polizeipräsidiums Mittelfranken. „Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass die Opfer in Verbindung mit türkischen Drogenhändlern aus den Niederlanden standen.“

Der Leiter der 2005 gegründeten bis zu 160 Mann starken Sonderkommission „Bosporus“, Wolfgang Geier, stellte – obwohl Beweise fehlten – fest: „Mehrere Opfer hatten zu denselben Menschen Kontakt“, so jedenfalls zitierte ihn „Bild“. „Nicht ausgeschlossen, dass sie in der Drogenszene aktiv waren. Die Opfer sind kleine Lichter am Ende einer Kette. Wo sie Fehler gemacht haben, wissen wir noch nicht.“

Ein anderer Beamter schien genauere Kenntnis von Kontakten der Opfer zu einer Im- und Export-Firma in der Türkei zu haben und nannte sogar Details: „Ihnen wurden Renditen von bis zu 15 Prozent versprochen, wenn sie bei illegalen Geschäften wie Waffenschmuggel und Menschenhandel mithalfen.“

Dieser Quellen bedienten sich die Medien, was nicht verwerflich ist, denn schließlich sollen Journalisten aufschreiben, was sie erfahren. Dabei ist allerdings ein vorsichtiger Umgang mit Informationen geboten – auch (und bisweilen besonders) wenn sie von Amtsstellen kommen.

Viel ist nun über das Versagen der Ermittler zu lesen, vom Kompetenzwirrwarr unter den verschiedenen Behörden, von unbeachteten Spuren und deutlichen Hinweisen ins neonazistische Milieu. Hinweisen, denen auch Journalisten nicht energisch genug nachspürten. Zu sehr und zu leichtgläubig verließen sie sich auf das, was ihnen von offizieller Seite verkündet und zugetragen wurde. Auch die – oft so ergiebige – Nähe zu Ermittlern mag daran gehindert haben, deren Erkenntnisse in Frage zu stellen.

Ist also die Presse an dieser einmaligen Mordserie im Europa der Nachkriegszeit ebenfalls gescheitert?

„So würde ich das nicht sehen“, sagt der Potsdamer Politologe Gideon Botsch. Er spricht von einem besonderen „WahrnehmungsfILTER“, dem Medien und Wissenschaft leicht erliegen könnten. Dieser Filter verhindere, dass man in die richtige Richtung schaue, obwohl es genügend Indizien gebe: „Auch Terrorismus analysieren wir in der Regel durch die Brille dessen, was wir kennen“, so Botsch. „Rechtsterrorismus gehörte bislang nicht dazu.“

Das öffentliche Interesse am Rechtsextremismus ist zudem stark anlassbezo-

Berichterstattung über Neonazi-Morde: „Auch die Medien haben viel zu eng gedacht“

gen – immer, wenn etwas Einschneidendes passiert, blicken alle hin. Und dann wieder weg. Der Anschlag auf das Münchner Oktoberfest 1980, der blutigste der Nachkriegsgeschichte, war so ein Ereignis; es gab etliche weitere, teils tödliche Überfälle von Neonazis in den vergangenen zwei Jahrzehnten. Eine nachhaltige Berichterstattung erwuchs daraus nicht.

Den linken Terrorismus von RAF und Co. hatte die Republik in den siebziger Jahren kennengelernt, und nach dem 11. September 2001 standen islamistische Gewalttaten im Fokus.

Die mit Passagierflugzeugen verübten Anschläge von New York, Washington, D.C., und Pennsylvania, denen nahezu 3000 Menschen zum Opfer fielen, schockierten auch in Deutschland Sicherheitskräfte, Medien und Öffentlichkeit. Der von US-Präsident George W. Bush ausgerufenen „Krieg gegen den Terror“ beschwor Ge-

„Auch die Medien haben viel zu eng gedacht.“ Die Berichterstattung seien den „Deutungsangeboten“ der Behörden unkritisch gefolgt, und: „Die Presse hat das ignorante Verhalten der Behörden übernommen, die in den Opfern Täter sahen.“

Etwas als 2006 Informationen des Bundeskriminalamts durchsickerten. Auch darin hieß es, die Ermordeten seien „mit hoher Wahrscheinlichkeit“ in Drogengeschäften verwickelt gewesen. Konkrete Ermittlungsergebnisse gebe es aber noch nicht, denn: „Als besonders problematisch erweist sich der Umstand, dass im Umfeld der Opfer eine sogenannte ‚Mauer des Schweigens‘ herrscht, d. h. ‚Zeugen‘ machen unvollständige oder falsche Angaben und sind zudem nicht kooperationsbereit.“

Etliche Journalisten zogen damals los, um in der türkischen Gemeinschaft ebendiese Mauer zu suchen. Und, was Wunder, sie wurden fündig. Nach den Verbrechen

die „Döner-Morde“ (Unwort des Jahres 2011) Erwartungen, die Täter könnten nur im kriminellen Ausländermilieu gefunden werden.

Mal war von der Glücksspielmafia die Rede, mal von Geldwäsche, dann wieder von Schutzgelderpressung oder türkischen Nationalisten, die ihre Fehden in Deutschland austrügen. Bisweilen geschah das im Indikativ, der Wirklichkeitsform. Und was im Indikativ gedruckt steht, stimmt.

Es sollte jedenfalls stimmen.

So schrieb die „Süddeutsche Zeitung“ von einer Mordserie, „die ins Drogenmilieu verweist“, und die „Welt“ gab Informationen preis, wonach „die Türken im Auftrag einer aus den Bergen Anatoliens heraus operierenden Bande ermordet wurden“.

Beides war ebenso wenig bewiesen wie eine Meldung des SPIEGEL: „Die Morde, so viel wissen die Ermittler, sind die Rechnung für Schulden aus kriminellen Geschäften oder die Rache an Abtrünnigen.“

Wussten sie nicht.

Im November 2011 hingegen war klar, wer geschossen hatte: eine deutsche Neonazi-Truppe.

„Alle Opfer sind Migranten. Da ist doch ein rechtsextremistischer Hintergrund sehr einleuchtend“, hatte der Vorsitzende des Alevitischen Kulturvereins Dortmund im Juni 2006 der „tageszeitung“ gesagt, als er gemeinsam mit Angehörigen einen Trauermarsch organisierte. „Ich habe den Ermittler oft gesagt, dass ich es für möglich halte, mein Vater sei das Opfer von Rechtsextremisten geworden“, so Gamze Kubasik, Tochter des im April 2006 in Dortmund ermordeten Kioskbesitzers Mehmet Kubasik. „Aber die Beamten haben nicht auf mich gehört.“

Die Öffentlichkeit hätte den Angehörigen mehr Glauben schenken müssen, statt herdenartig Behörden zu folgen und Erkenntnissen der Obrigkeit zu vertrauen. „Man hätte genauer hinschauen sollen“, sagt Politologin Botsch, „die mörderische Gewalt im militanten Rechtsextremismus war vorhersehbar.“

Es gab ja schon seit Jahren Warnungen vor dem rechten Sumpf. An der These vom keimenden braunen Terrorismus sei durchaus etwas dran, hatte der Berliner Kriminalist Bernd Wagner bereits im Sommer 2000 im SPIEGEL gewarnt: „Da klumpt sich was zusammen.“

„Das braune Terror-Potential sammelt sich rund um die neonazistischen Kameradschaften“, schrieb der SPIEGEL drei Jahre später, nicht ahnend, wie nahe er der Wahrheit damit war: Heute ist bekannt, dass die Mörder aus der „Kameradschaft Jena“ kamen, einer rechtsextremistischen Gruppe in Thüringen.

Hier den entscheidenden Link zu entdecken gelang aber nicht.

HANS-ULRICH STOLDT



Terroristen Böhnhardt, Mundlos, Zschäpe 2009: Die mörderische Gewalt war vorhersehbar

fahren für die gesamte westliche Zivilisation. Die Nato erklärte den Bündnisfall – erstmals seit ihrem Bestehen.

Diese Atmosphäre, diese Wucht der Ereignisse waren einige der Gründe, weshalb die Gefahr rechten Terrors in Deutschland von vielen übersehen wurde. Das mögliche Motiv für die rätselhaften Morde an meist türkischstämmigen Männern wurde eher in der Organisierten Kriminalität verortet.

Alle rangen zudem mit einer dürftigen Beweislage: Es gab keine direkten Zeugen der Verbrechen, bis auf Kugeln aus derselben Pistole kaum verwertbare Spuren, keine erwiesene Verbindung zwischen den Opfern, kein Bekennerschreiben.

Wenn Hunderte Polizisten, Verfassungsschützer, Staatsanwälte und Profiler versuchen, Ordnung und Sinn in ihre Ermittlungen zu bringen, ist kaum zu erwarten, dass Journalisten dies leichter gelingt. Sie können zwar Akten studieren, mit Menschen reden, im Internet forschen – so weitreichende Möglichkeiten wie die Behörden haben sie aber nicht.

Von einem „Mangel an analytischer Offenheit“ spricht dennoch der Berliner Rechtsextremismusforscher Hajo Funke.

befragt – so gewannen die Berichterstattung den Eindruck –, hielten die Menschen „eiersern“ dicht oder „wollten“ nicht reden.

„Landsleute und Familien schweigen – wohl aus Angst vor den Killern“, schrieb der SPIEGEL damals und beklagte „eine schwer durchdringbare Parallelwelt der Türken“. Auch das „Hamburger Abendblatt“ hatte recherchiert: „Die türkisch-hierarchisch geprägten Familien der Opfer geben sich Fremden und der Polizei gegenüber noch immer äußerst zugeknöpft.“ Noch immer.

Die Behörden erhöhten nun die Belohnung für sachdienliche Hinweise, vermerkte die „Süddeutsche Zeitung“, „weil die Polizei bei den Ermittlungen auf eine Mauer des Schweigens trifft“.

Dass die Befragten tatsächlich nichts wussten und außerdem genug von wüsten Verdächtigungen hatten – auf diese Idee kam kaum jemand.

„Man hat uns vorgeworfen, wir würden schweigen, weil wir Türken sind“, erinnert sich Semiya Şimşek, „man hat uns auch nicht geglaubt, weil wir Türken sind.“

Jahrelang wirkten Medien so als Resonanzböden für Spekulationen und verstärkten mit ihrer Berichterstattung über